

Heidelberg/Berlin im Januar 2025

Gedanken zum Jahreswechsel 2024/2025

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Namen des Bundesvorstandes der AG SPD 60 plus wünsche ich Euch alles Gute im noch neuen Jahr 2025. Alles Gute ist viel: Gesundheit – und wenn sie nicht mehr ganz perfekt ist, wenigstens wenig Schmerzen und die Chance auf Genesung. Eine intakte Familie, einen netten Freundeskreis, einen einigermaßen guten Lebensstandard und die Möglichkeit, am kulturellen und sozialen Leben teilzunehmen. Und vor allem wünsche ich Euch Frieden in der Heimat und auf der Welt.

Und ich wünsche Euch eine Regierung, die uns friedensauglich macht, die nachdenklich ist und erst denkt und dann entscheidet, eine Regierung ohne skrupellose selbstzerstörerische Heckenschützen, eine Regierung, in der man sich an den Koalitionsvertrag hält und ihn seriös abarbeitet, eine Regierung mit vielen Ideen und wenig verbohrtter Ideologie, eine, die Menschen nicht gegeneinander ausspielt, sondern eine Regierung die in unserer Gesellschaft versöhnt und ausgleicht – ausgleicht auch die extreme Überdehnung von Machtunterschieden, von Einkommensunterschieden, von Vermögensunterschieden – eine Regierung, die sich um Deutschland kümmert und deshalb auch um unsere nahen und fernen Nachbarn. Eine Regierung, die von den Medien fair behandelt wird, insbesondere Medien, die sich nicht den Reichen und Superreichen anbieten und die Demokratie zum Verkauf anbieten.

Zusammengefasst wünsche ich Euch eine Regierung, die sozial und demokratisch für Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden arbeitet.

Gleichwohl wissen wir, dass nicht alles perfekt ist oder jemals sein wird – aber wir sehen auch das Gute unserer Lebenslage – vieles ist wunderschön bei uns und die Aufbauarbeit seit bald 80 Jahren hat sich gelohnt und ist gelungen. Dabei sollten wir die Armut und Ungerechtigkeit auch bei uns, Überhitzung der Erde oder die schrecklichen Entwicklungen im Sudan, in Palästina oder in der Ukraine nicht vergessen, sondern daraus eine menschliche, soziale und Umwelt sowie Natur dienende Politik ableiten.

Uns schwirrt der Kopf und ich frage, warum Leute, denen es richtig gut geht – das jüngste Beispiel ist der reichste Mann der Welt – unser Land schlecht reden, Kanzler und Bundespräsident beleidigen oder unsere Demokratie durch Falschnachrichten bedrohen.

Ein Blick zurück – drei Jahre nur

Mit einem Koalitionspartner, der sich als Koalitionsfeind erweist, der hinterrücks den Umsturz „seiner“ Regierung plant, vordergründig Kooperation antäuscht und realpolitisch blockiert, was sich blockieren lässt – mit einem solchen Koalitionspartner werden die Leistungen der anderen Koalitionspartner in der Nachbetrachtung besonders deutlich. Hinter wunderschönen Reden über die Freiheit wurden Börsartigkeit und Unfähigkeit versteckt: sowohl im BMJ, zu sehen am Beispiel Mietrecht, als auch im hochtrabend „Chancenministerium“ genannten BMBF, zu sehen an der „Fördermittellaffäre“, oder im BMF, zu sehen am wirtschafts- und familienfeindlichen Umgang mit

der Schuldenbremse, wurde die Fortschrittskoalition verraten. Wie ideologisch festgefressen der Koalitionsmotor schon in den ersten Verhandlungen war, ist schnell an einem kleinen Beispiel zu erkennen, dass nicht einmal ein Tempolimit von 120 oder 100 Km/h möglich wurde – eine kostenlose Regelung mit großer Wirkung für den Schutz von Natur und Umwelt, wurde der Freiheit der Raserei geopfert.

Umso auffälliger, wie Olaf Scholz, gestützt auf zuverlässige Kabinettsmitglieder, Deutschland durch die Coronakrise, durch unbekanntes Gelände geführt hat, wie er und der Vizekanzler den Gas-Schock überwunden haben: Statt aus Angst vor dem kalten Winter zu zittern, haben sie sich aufgemacht, den fossilen Energiemarkt in kürzester Zeit neu zu strukturieren, um erstens unabhängig von Russland zu sein, zweitens so den Zeitpuffer für den dringend nötigen ökologischen Umbau der Energieversorgung zu schaffen. Das Ergebnis: statt schöner Reden muss niemand frieren, alle haben Strom.

Dabei sind auch die Energiepreise sprunghaft angestiegen mit einem Maximum im Jahr 2022. Deshalb müssen Stromkunden seit 1. Juli 2022 keine EEG-Umlage mehr bezahlen, die Strompreise gingen zurück. Für Haushalte leider nicht auf das alte Niveau. Allerdings macht es sich so mancher Manager zu einfach, wenn er die Strompreise als Begründung für Absatzschwierigkeiten oder Herstellungskosten anführt. Während in China beispielsweise auf Elektroautos umgestellt wurde, haben viele Manager in Deutschland noch geschlafen. Inzwischen scheinen sie aufgewacht. Auch hier geht es – dabei gibt es stets Ausnahmen und Pauschalurteile sind fast immer falsch – häufig darum, Fehlentscheidungen und Versäumnisse in der Wirtschaft „der Politik“ zuzuschreiben – oft auch gerade von jenen, die sich sonst gern jede Einmischung der Politik verbitten.

Wenn wir etwas genauer hinschauen, zeigen sich schnell Widersprüche, die verraten, dass offensichtlich davon abgelenkt werden soll, wie unermesslich reich einige sind und dass ihr Reichtum von anderen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, erarbeitet wurde und von Kundinnen und Kunden, in der Mehrzahl wieder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezahlt. Nun wollen wir – Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – faire Steuern erheben, CDU, CSU und weiter rechts orientierte Parteien wollen hingegen Steuern für hohe Einkommen senken. (In der Anlage finden sich drei Beispiele für solche Absurditäten.)

Wo unsere AG fehlende Mehrheiten geärgert haben:

Nicht alle Pensionen sind hoch und nicht alle Renten sind niedrig – allerdings sind die Pensionen im Durchschnitt etwa drei Mal so hoch wie die Renten. Solche Vergleiche sind nur mit Einschränkungen sinnvoll, denn Ausbildung und Aufgaben großer Gruppen sind pauschal nicht einfach zu vergleichen.

Gleichwohl ist es ungerecht und hat viele Rentnerinnen und Rentner sehr geärgert, dass Pensionäre und Pensionärinnen den steuer- und abgabenfreien Inflationsausgleich von bis zu 3.000 Euro, automatisch anteilig erhalten, nachdem der letzte Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst eine Inflationsausgleichs-Prämie vorsah, Rentnerinnen und Rentner aber leer ausgingen.

Diese Ungerechtigkeit wird oft damit erklärt, dass Pensionen dem Alimentationsprinzip folgen, die Renten aber der durchschnittlichen Lohn- und Gehaltsentwicklung aller Beschäftigten. (Das Alimentationsprinzip ([Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz](#) (GG)) verpflichtet den Dienstherrn (Staat), Beamtinnen und Beamten im aktiven Dienst und nach dem altersbedingten Ausscheiden aus dem aktiven Dienst amtsangemessene Dienstbezüge zu gewähren.) Deshalb müsse der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst automatisch auch auf die Pensionen angewendet werden. Und mit dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst wurde die Inflationsausgleichsprämie vereinbart.

Nun ist der Anspruch der AG SPD 60 plus nicht, zu erklären, wie eine Ungerechtigkeit zwingend aus einer gesetzlichen Regelung folgt – wir erwarten vom Deutschen Bundestag, dass er die Gesetze so ändert, dass diese Ungerechtigkeiten vermieden werden.

Der Bundestag ist eben nicht der Bewahrer und Erklärer von gesetzlich geregelter Ungerechtigkeit, sondern der Gesetzgeber.

Ganz aktuell: Infektionsgefahr

Insgesamt müssen wir aufpassen, dass wir nicht infiziert werden und dass die Feinde von Demokratie und Menschlichkeit unsere Sprache, unser Denken und unser Handeln nicht beeinflussen, gar bestimmen.

Wie weit solche Beeinflussung, die Übernahme von Denkmustern gehen kann, haben wir kürzlich an einem Beispiel erleben müssen, als eine Abgeordnete des Deutschen Bundestages „aus gutem Hause“, Tochter evangelischer Theologen, aufgewachsen in einem Pastorenhaus, eine studierte und promovierte Molekularmedizinerin, Olaf Scholz in übelster Vulgärsprache beleidigte – in einem öffentlichen Podcast. Und danach, als der öffentliche Druck zu groß wurde? Statt wenigstens Olaf Scholz um Entschuldigung zu bitten, sagt die Abgeordnete: „Ich entschuldige mich“. Aber wenn eine Entschuldigung so mühelos selbstbestimmt daherkommt, sind den nächsten Entgleisungen Tür und Tor geöffnet.

Solche Verschiebungen der Sprachmuster geschehen allmählich, nicht immer gleich spürbar, sie setzen sich in Denkmustern fort, finden sich in der veröffentlichten Meinung bestätigt (unterstes Niveau: ein Artikel des reichsten Menschen der Welt in der Springer Zeitung „Die Welt“, veranlasst von einem Aufsichtsrat dieses Medienkonzerns“) und enden nicht selten in Entscheidungen, die wenige Monate oder Jahre zuvor undenkbar waren und als rechtsextrem, unmenschlich und demokratiefeindlich gebrandmarkt worden wären. Dieser Infektionsgefahr der drohenden Pandemie des Rechtsextremismus und Egoismus müssen wir wachsam gegenübertreten und uns den Anfängen des kulturellen Zerfalles widersetzen. Das bedeutet im ersten Schritt: stets widersprechen, wenn es unmenschlich, sozialfeindlich oder kriegstreibend wird. Oder mit Ovid: „Wehret den Anfängen“. Deshalb akzeptieren wir keine Beleidigungen, bössartige Unterstellungen oder Falschinformationen – all dies ist der Anfang der Zerstörung einer auf Frieden orientierten Demokratie.

Der Wahlspruch der AG SPD 60 plus: „Mehr Diplomatie wagen“.

Unsere AG SPD 60 plus hat von Anbeginn des kriegerischen Überfalls auf die Ukraine, das Konzept „Mehr Diplomatie wagen“ verfolgt. Olaf Scholz hat neben diplomatischen Bemühungen Sorge getragen, dass Deutschland der größte europäische Unterstützer mit humanitärer Hilfe und Waffenlieferungen zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine ist, ohne Kriegspartei zu werden, ohne in den Krieg hineingezogen zu werden. Erst mit Blick auf die Leichtfertigkeit, mit der sich grüne und gelbe Mitglieder des Bundestages auf einen Krieg zubewegen, wird die Standhaftigkeit des Kanzlers wirklich deutlich.

Kaum auszudenken, läge Deutschland in diesen schwierigen Zeiten in den Händen von Merz und Söder, Strack-Zimmerman oder Hofreiter.

Es ist auch kaum auszudenken, dass eine Trump geführte US-Regierung ab 2026 über Stationierung und Einsatz von landgestützten US-Mittelstreckenraketen im dicht besiedelten Deutschland entscheidet. Das Wenigste wäre, wie von unserem Parteipräsidium vorgeschlagen, dass es darüber zuvor in Deutschland eine parlamentarische und gesellschaftliche Diskussion gibt. Dazu will der

Bundesvorstand auf dem BPT am 11. Januar einen entsprechenden Initiativantrag zum Regierungsprogramm einbringen.

Wir wollen hier an ein Zitat des Historikers Howard Zinn erinnern: „Historisch gesehen sind die schrecklichen Dinge – Krieg, Völkermord und Sklaverei – nicht durch Ungehorsam entstanden, sondern durch Gehorsam.“

Der Krieg in der Ukraine bindet viel Aufmerksamkeit – wir wünschen uns auch ein Ende der Katastrophe in Gaza, ein Ende terroristischer Angriffe und ein Ende der Aggression der rechtsextremen israelischen Regierung und ein Ende deutscher Waffenlieferungen für diesen Krieg. Stattdessen schlagen wir eine diplomatische Großoffensive vor, um die Friedensbemühungen der USA in diesem Konflikt zu unterstützen.

Wir fordern auch die Konfliktparteien im Sudan: Sudanese Armed Forces (SAF) und die Rapid Support Forces (RSF) auf, nach fast zweijährigem sinnlosem Kampf um die Vorherrschaft im Sudan, internationale Hilfe zu ermöglichen, um eine Hungerkatastrophe doch noch abzuwenden. Das Leid ist unvorstellbar und doch wird die kriegerischen Heißsporne im Sudan unser Appell nicht interessieren. Wir hoffen auf die internationale Gemeinschaft, die Waren und Geldströme an die Kriegsparteien unterbricht, aber mit Hilfslieferungen die Hungerkatastrophe abwendet.

Wir haben ein gutes Regierungsprogramm 2025

Da der Wahltermin für die Bundestagswahl plötzlich vom September in den Februar gerutscht ist, war die Programmdiskussion kürzer als geplant. Aber wer Kapitel für Kapitel liest, findet sehr viel Gutes und wer es mit Programmen anderer Parteien vergleicht, hat gute Gründe zu staunen.

In Folge der verkürzten Fristen, sind jedoch auch viele unserer Anregungen im Zeitfenster der Antragskommission hängen geblieben. Neben dem schon erwähnte Antrag zur Stationierung von landgestützten US-Mittelstreckenraketen, bietet der Bundesparteitag am 11. Januar 2025 die Möglichkeit, unser Programm durch Änderungsanträge in folgenden Themen: Altersdiskriminierung, Wohnen, Mobilität, Einsamkeit, Rentenbesteuerung, Digitale Ausgrenzung zu verbessern.

Das Beste kommt zum Schluss.

Vielen Dank für Euer Engagement, für Eure vielen kleinen und großen Arbeiten, oft so selbstverständlich und selbstlos. Ob Ihr bei Wind und Wetter am Infostand steht, online in den neuen Medien unterwegs seid oder durch Eure Mitgliedschaft in der SPD ein Bekenntnis abgebt – So kann unsere politische Arbeit gelingen und die Welt jeden Tag ein kleines Stückchen besser werden.

Für den Bundesvorstand

Gerlinde Böttcher-Naudiet, Friedhelm Hilgers, Ingrid Reske, Rita Heitsch, Ullrich Meßmer, Heinz Oesterle, Susanne Pape, Norbert Theobald, Marie-Jeanne Zander



Lothar Binding
Bundesvorsitzender der AG SPD 60 plus

P.S.

Drei Beispiele, die in unterschiedlicher Weise zeigen, wie widersprüchlich, vielleicht sollte ich sagen: wie unehrlich und beliebig argumentiert wird. Die Hohen Löhne würden hohe Preise erzwingen und die Inflation treiben. Schauen wir beispielsweise auf die „Löhne“ vieler Manager:

Da wird nicht selten von Managern eine schlechte Wirtschaftslage beklagt, aber trotzdem steigen die Vergütungen von Vorstandsmitgliedern vieler Konzerne um 11 Prozent, um damit im Durchschnitt auf 2,65 Millionen Euro zu landen.

Tagesschau vom 13. November 2024, 10:12 Uhr

„Trotz Konjunkturflaute Gehaltsrekord für Manager großer Börsenkonzerne

Im Schnitt 2,65 Millionen Euro haben Vorstände von Deutschlands großen Börsenunternehmen 2023 verdient - so viel wie nie zuvor. Der mit Abstand bestbezahlte Manager führt den kriselnden VW-Konzern an.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der im DAX, MDAX und SDAX notierten Konzerne ist im Geschäftsjahr 2023 im Schnitt um elf Prozent gestiegen. ... Das zeigt eine neue Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY.“

Da werden ständig „Konjunktursorgen“ verbreitet, aber trotzdem „sieht sich die Reisebranche im Aufwind“:

RNZ vom 12. Dezember 2024

„Reisebranche sieht sich im Aufwind

Der weltgrößte Reisekonzern Tui sieht sich trotz steigender Konjunktursorgen weiter auf Wachstumskurs. Nach einem Gewinnsprung im Geschäftsjahr 2023/24 rechnet Konzernchef Sebastian Ebel 2025 mit weiteren Zuwächsen.“

Da werden ständig fehlende Impulse am Aktienmarkt beklagt, aber trotzdem steigt der Leitindex – und steigt.

Handelsblatt vom 2. Januar 2025, 18:31 Uhr aktualisiert

„Am deutschen Aktienmarkt fehlen die Impulse. Dennoch trieben die Anleger den **Leitindex über die psychologisch wichtige Marke von 20.000** Punkten. Anna Kipnis“

Finanzen.net - DAX 40 - Historischer Chart



Da überbieten sich pünktlich zur Bundestagswahl CDU/CSU, FDP und Rechtsextreme in ihrer Asylbewerberablehnungspolitik, statt die sprachliche Bildung, Ausbildung und Arbeit zu fördern und zu fordern. Wohl allen, die künftig keine Pizza essen möchten, kein Paket mehr erhalten wollen und keine Ärztin, keinen Arzt benötigen oder mit Bus oder Bahn fahren wollen. Wohl auch allen, die künftig niemals in anderen Ländern um Asyl bitten müssen. Dieser Satz schockiert – aber können wir sicher sein, dass viele Menschen nicht ihren eigenen Untergang wählen?

Wolfgang Schmidt, Bundesminister für besondere Aufgaben der Bundesrepublik Deutschland im Bundeskanzleramt liefert „Fakten statt Fiktionen“:

„Es gab einen deutlichen Rückgang der Zahl der Asylgesuche im gesamten Jahr 2024 in Deutschland:

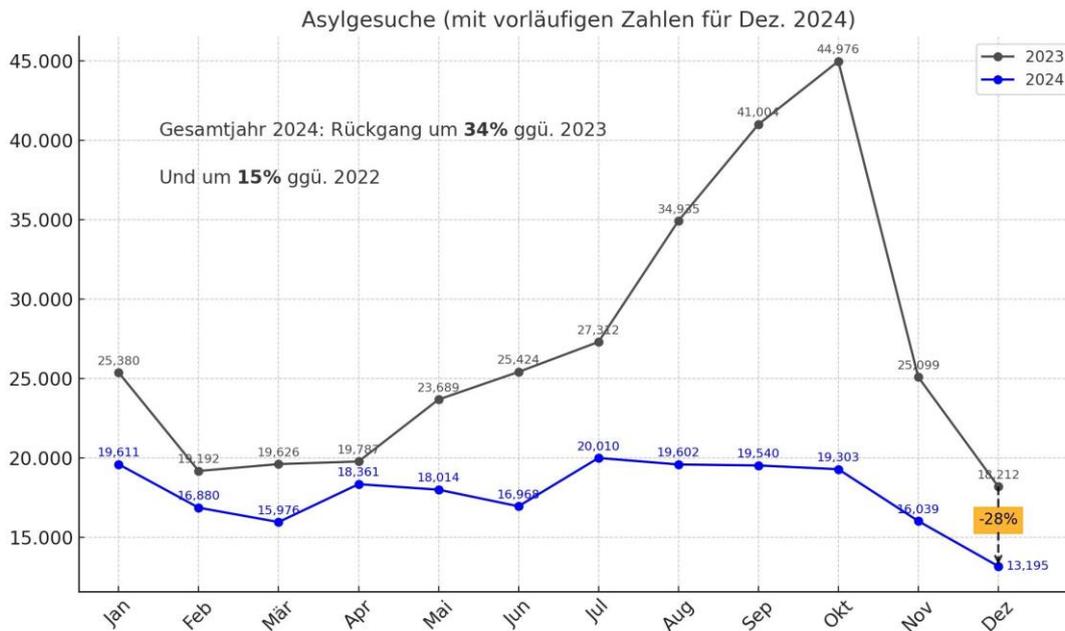
2024: 213.499 Asylgesuche.

2023: 323.636 Asylgesuche.

2022: 252.422 Asylgesuche.

Rückgang 2024 im Vergleich zu 2023: Minus 34 Prozent.

Rückgang 2024 im Vergleich zu 2022: Minus 15 Prozent



À propos Merz und Söder und alle, die sich auf dem Rücken von Geflüchteten neue Ämter versprechen – in Angststarre und mit martialischen Reden ist eine humane Migrationspolitik nicht zu machen. Und wer nach rechts rückt, verliert die auf das Menschliche bedachten Wählerinnen und Wähler, weil die anderen sowieso das Martialische wählen.